

## RUSSLAND – DIE INNENAUSSTATTUNG DER MACHT

<b>ANALYSE</b>	
Schwacher Staat und starke Worte. Über die inneren Probleme des Systems Putin Hans-Henning Schröder, Bremen	2
<b>TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT</b>	
Mord, Selbstmord und gepanschter Alkohol. Todesfälle und Todesursachen	5
Kriminalitätsentwicklung	7
Der Mord an Anna Politkowskaja	8
Die öffentliche Wahrnehmung von Korruption	8
<b>PRESSESTIMMEN</b>	
Der <i>Fall out</i> von Putins „Münchener Rede“	10
<b>DOKUMENTATION</b>	
Putins Auftritt auf der Münchener Konferenz, 10.2.2007	11
<b>KOMMENTAR</b>	
Vom Nutzen der Erinnerung Gerhard Mangott, Innsbruck	12
<b>UMFRAGE</b>	
Die Expansion der USA – die Hauptbedrohung russischer Interessen in der ehemaligen UdSSR	13
<b>CHRONIK</b>	
Vom 21. Februar bis zum 1. März 2007	16



## Analyse

# Schwacher Staat und starke Worte. Über die inneren Probleme des Systems Putin

Hans-Henning Schröder, Bremen

### Zusammenfassung

Die russische Führung zeigt im letzten Jahr nach außen wachsendes Selbstbewusstsein. Indes ist es dem Regime trotz Wirtschaftswachstum und Besserung der sozialen Lage, nicht gelungen, die Probleme im Innern zu überwinden. Nach wie vor steigt die Kriminalität, es gibt spektakuläre Fälle politischen Mordes, die Sterberaten sind hoch. Korruption im Behördenapparat, eine staatliche Elite, die vorderhand an sich selbst denkt, sind Gründe dafür, dass ein großer Teil der Gesellschaft den Institutionen des politischen Systems misstraut. Dies gefährdet nicht unmittelbar die Stabilität des Regimes, ist aber als Innenausstattung einer Großmacht fragwürdig.

### Ein weltpolitischer Akteur ...

Am 10. Februar machte der russische Präsident in München Furore. Am Vorabend einer Nahostreise erlaubte er es sich, auf der 43. Konferenz für Sicherheitspolitik das auszusprechen, was er über die Probleme internationaler Sicherheit wirklich dachte – „ohne überflüssige Politesse“, wie er mit Verweis auf das Reglement der Konferenz anmerkte. Seine Rede, in der er konzis die russische Kritik an der Politik der U.S.A. darlegte, rief in der westlichen Öffentlichkeit Irritation hervor. „In München meldete Putin sein Land als einen weltpolitischen Akteur zurück ...“ schrieb die Frankfurter Allgemeine Zeitung. Die Frankfurter Allgemeine sprach von „Großmachtpolitik“ und die Welt von „Kalttem Krieg im Kleinformat“ (vgl. die Pressestimmen, S. 10). In Russland wurde der Auftritt in München hingegen mit Genugtuung registriert. Wjatscheslaw Nikonow, der Präsident der Putinnahen Stiftung „Politika“, schrieb nicht ohne Hämie:

„Als Wladimir Putin seine ... Rede in München hielt, drückten die Gesichter der Zuhörer im Publikum teils Erschrecken, teils Spannung aus. Erschreckt waren die politisch korrekten Deutschen, denen schon Mama und die Lehrer verboten hatten, vor großen Onkeln in so scharfen Tönen zu sprechen. Angespannt waren die Amerikaner, die daran gewöhnt sind, auf westlichen Konferenzplätzen selbst anderen Teilnehmern Unannehmlichkeiten zu sagen.“

Das Selbstbewusstsein, das der russische Präsident neuerdings demonstriert, erwächst aus dem Gefühl einer wachsenden Stärke seines Landes. Und in der Tat – das hohe Niveau der Energiepreise sorgte 2006 wie schon in den letzten Jahren für ein konstantes Wirtschaftswachstum von 6–7%, das Realeinkommen stieg abermals um ca. 10%. International präsentierte sich Russland mit der Präsidentschaft der G-8 und dem Vorsitz im Europarat als Macht von internationa-

ler Bedeutung. Im Iran-Konflikt spielt es eine beachtete Mittlerrolle. Auch in der GUS hat sich die Sache zum Besseren gewendet: in der Ukraine erstarkten die russlandfreundlichen Kräfte und Georgien geriet durch die Sezessionsbewegungen in Südossetien und Abchasien zunehmend unter Druck.

### ... mit kleinen Fehlern

Kurz, Putins Russland könnte glaubhaft die Rolle einer Großmacht spielen, wären da nicht 2006 eine Reihe spektakulärer Ereignisse gewesen, die die Zustände im Lande in ein denkbar schlechtes Licht rückten. Am 13. September 2006 wurde der Stellvertretende Zentralbankdirektor und Chef der Bankenaufsicht, Andrej Koslow, von einem Auftragskiller erschossen. Am 7. Oktober wurde die Journalistin Anna Politkowskaja Opfer eines bestellten Mordanschlags. Und Mitte November wurde bekannt, dass Alexander Litwinenko, ein ehemaliger Angehöriger des Inlandsgeheimdienstes FSB, das Opfer eines Giftanschlags wurde, dem er am 23. November auch erlag. Besonders die beiden letztgenannten Fälle beschäftigten die Öffentlichkeit in Europa und den USA und beschädigten das Ansehen russischer Politik erheblich, dem die Putin-Administration gerade durch G-8-Präsidentschaft und Europarats-Vorsitz Glanz verleihen wollte.

Die Morde sind politisch von Belang. Denn die Verbrechen an einem einflussreichen Staatsbankmanager und an einer prominenten oppositionellen Journalistin signalisieren ebenso wie die Umstände, die den Tod von Litwinenko begleiten, eine innere Schwäche, die einer Großmacht nicht angemessen ist. Es entsteht der Eindruck –Daniel Brössler hat dies in einem Kommentar in der „Süddeutschen Zeitung“ ausgesprochen –, dass Putins Exekutive die politischen Gewalten nicht kontrolliert und nicht verhindern kann,

dass politische Gegnerschaft und wirtschaftlicher Wettbewerb auch gewaltsam ausgetragen werden. Ein Staat, der nicht in der Lage ist, das Gewaltmonopol zu behaupten, der den eigenen Apparat nicht kontrolliert und dem seine Bürger nicht vertrauen, zeigt Schwäche – ungeachtet außenpolitischer Muskelspiele.

### Kriminalität als politisches Problem

In der Tat hat in den beiden Amtszeiten von Präsident Putin die Zahl der registrierten Verbrechen deutlich zugenommen. 2005 lag sie um nahezu 40% über den Angaben für 1999, dem letzten Jahr der Ära Jelzin. Gegenüber 1990 – dem vorletzten Jahr sowjetischer Herrschaft – hat sich die Zahl der Straftaten mehr als verdoppelt (vgl. S. 7 Kriminalitätstrendentwicklung).

Es kann also keine Rede davon sein, dass Putin die „Diktatur des Gesetzes“ realisiert hat, die er in seiner ersten Botschaft zur Lage der Nation im April 2000 angekündigt hat. Die Kriminalität, die nach dem Übergang zur Marktwirtschaft 1991/1992 explosionsartig zunahm, ehe sie

in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre etwas zurückgedämmt wurde, erlebte nach dem Amtsantritt Putins eine neue Blüte. 2005 und 2006 waren Rekordjahre des Verbrechens. In einer Brandrede vor den Leiter der Rechtsschutzbehörden kritisierte der russische Präsident im November 2006 denn auch das Versagen bei der Verbrechensbekämpfung scharf:

„Doch trotz des wachsenden Potenzials der Rechtsschutzorgane ist die Kriminalität weiterhin ein Problem. Die Prozentzahl schwerer und besonders schwerer Verbrechen wächst, die Straßenkriminalität ist um mehr als ein Drittel angestiegen.“

Insgesamt ist die Anzahl angezeigter Verbrechen in diesem Jahr im Vergleich zur gleichen Periode im Vorjahr um 12,5% gestiegen [bezieht sich auf Januar-September]. Es wird nur jedes zweite Verbrechen aufgeklärt. All dies wirkt sich negativ auf die Gesellschaft aus und lähmt das Geschäftsleben im Lande.“



Der Präsident der Russischen Föderation, Wladimir W. Putin während seiner Rede. Foto: Antje Wildgrube; Quelle: [http://www.securityconference.de/konferenzen/photos/index.php?dir=2007%2FSaturday%2C\\_09.00\\_-\\_11.00\\_Uhr&menu\\_2007=&menu\\_konferenzen=&sprache=de&&P\\_HPSESSID=e43707b4e23d3b46f70440d524ba4f0c](http://www.securityconference.de/konferenzen/photos/index.php?dir=2007%2FSaturday%2C_09.00_-_11.00_Uhr&menu_2007=&menu_konferenzen=&sprache=de&&P_HPSESSID=e43707b4e23d3b46f70440d524ba4f0c)

Zugenommen hatten vor allem Eigentumsdelikte wie Raub, Diebstahl und Betrug (gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um fast 30%), aber auch Bestechung. Leicht zurückgegangen ist die Zahl der Morde, die aber in etwa immer noch auf dem Niveau der Jelzin-Ära liegt. (vgl. S. 5 Kriminalität sowie S. 7 Todesfälle). Die Statistik der Todesursachen weist aus, dass neben Mord auch die Zahl der Selbstmorde und der Vergiftungen durch gepanschten Alkohol 2006 leicht zurückgeht. Doch waren die Werte nach dem Amtsantritt Putins wieder auf und teilweise über das

Niveau der frühen neunziger Jahre gestiegen. Erst in den letzten beiden Jahren wird hier eine Besserung erkennbar. Dies weist auf die schwere innergesellschaftliche Krise hin, die auch in den beiden Amtszeiten Putins nicht überwunden werden konnte.

### Die Aneignung des Staates durch die Eliten

Eine der Ursachen für dieses Versagen der Exekutive dürfte das hohe Korruptionsniveau sein. Im *Corruption Perceptions Index 2006* von „Transparency

International“ rangiert Russland unter 163 Ländern auf Platz 121 gemeinsam mit den Philippinen, Ruanda und Swaziland. Was immer auch von diesem Ranking zu halten ist, so ist Korruption im russischen Verwaltungsapparat, in der Justiz und in den Sicherheitsorganen zweifellos endemisch. Und sie stellt in den Reden des Präsidenten ein ständig wiederkehrendes Thema dar. In der Botschaft zur Lage der Nation im April 2005 formulierte er seine Kritik an der Verwaltung besonders deutlich. Es gäbe „grobe Verletzungen von Unternehmerrechten, und fallweise auch einfach offene Erpressung von Seiten der staatlichen Strukturen“, erklärte er, um dann fortzufahren: „Die Übergabe des Landes in die Verfügungsgewalt einer ineffizienten, korrupten Bürokratie gehört nicht zu unseren Plänen.“

Damit brachte Putin auf den Punkt, was ihn in der zweiten Amtszeit vor allem umtreibt. Zwar hatte seine

Administration die Finanzmagnaten eingeschüchert, sie wie Gusinskij und Beresowskij aus dem Land getrieben oder sie wie Chodorkowskij ins Straflager verbracht, doch gelang es der Putinschen Führung nicht, den eigenen Exekutivapparat unter Kontrolle zu bringen. Im Gegenteil, die Angehörigen des Führungszirkels nahmen die Gelegenheit wahr, sich lukrative Posten in großen Wirtschaftsunternehmen zu verschaffen.

Dmitrij Medwedjew, Erster Stellvertretender Ministerpräsident und einer der Prätendenten für die Putin-Nachfolge, ist heute Aufsichtsratsvorsitzender bei Gazprom. Der Präsidentengehilfe Viktor Iwanow, einer der Führer der so genannten *silowiki*, nimmt dieselbe Position bei der Luftfahrtgesellschaft „Aeroflot“ ein und sitzt zudem im Aufsichtsrat der Rüstungsholding „Almas-Antej“. Sergej Prichodko, der Präsidentengehilfe für Außenpolitik, steht dem Aufsichtsrat der staatlichen Holding „TVEL“ vor, die das Monopol auf den Export nuklearer Brennstäbe hat. Präsidentengehilfe Igor Schuwalow hat den Aufsichtsratsvorsitz von „Sowkomflot“ inne, das die Hälfte der russischen Handelsflotte kontrolliert, und ist daneben Aufsichtsratsmitglied des Konzerns „Russische Eisenbahnen“. Wladislaw Surkow, Stellvertretender Leiter der Präsidialadministration und als Erfinder der Formel von der „souveränen Demokratie“, der Ideologe der Putin-Administration, ist Aufsichtsratsvorsitzender von „Transnefteprodukt“, der in Russland über das Monopol auf den Pipelinetransport von Erdölzeugnissen (Diesel, Benzin, Kerosin) besitzt. Igor Setschin schließlich, auch er Stellvertretender Leiter der Präsidialverwaltung und einflussreicher *silowik*, ist Aufsichtsratsvorsitzender des staatlichen Erdölkonzerns „Rosneft“, der unlängst das Unternehmen Juganskneftegaz, den Kern des Mineralölkonzerns Jukos, in seinen Besitz gebracht hat. Und nicht genug damit, dass sich der Führungszirkel selbst bedient, auch die Angehörigen werden nicht vergessen. So wurde Pjotr Fradkow, Sohn des Ministerpräsidenten Fradkow, mit 27 Stellvertretender Generaldirektor der Fernost-Schiffahrtsgesellschaft FESCP, Alexander Iwanow, der Sohn des damaligen Verteidigungsministers Sergej Iwanow, war 24, als er Vizepräsident der Gazprombank wurde. Sergej Matwienko, der Sohn der Gouverneurin von St. Petersburg, wurde mit 31 Erster Vizepräsident der Wneschtorgbank. Diese Aufzählung ließe sich leicht fortsetzen, doch bereits diese drei Fälle machen deutlich, dass Nepotismus für die Angehörigen der Putin-Administration kein Fremdwort ist.

Welche Folgen Vetternwirtschaft für das Rechtswesen hat, wurde erkennbar, als der Sohn von

Verteidigungsminister Sergej Iwanow 2005 eine ältere Fußgängerin an einer Ampel überfuhr, aber vom Gericht freigesprochen wurde. Nach russischen Presseberichten kam es im Laufe der Untersuchung zu zahlreichen Merkwürdigkeiten, die an der Fairness des Verfahrens zweifeln lassen. Solche problematischen Fälle scheinen aber keine Ausnahme darzustellen. Gerade Justiz und Sicherheitsorgane sind offenbar anfällig für Korruption. Es war der russische Generalstaatsanwalt Tschaika, der im November 2006 im Nachgang zur Rede seines Präsidenten noch einmal den Finger in die Wunde legte:

„Besonders alarmierend ist die Korruptierbarkeit des Rechtsschutzsystems und des Justizwesens. Fast die Hälfte der Verbrechen (insgesamt 5.700), die 2005 von Beamten gegen die Interessen des Dienstes begangen wurden, entfallen auf die Organe des Innenministeriums (2.400). Es wurden Strafverfahren gegen Beamte des Justizwesens (19), des FSB [Föderaler Sicherheitsdienst] (6) und der Staatsanwaltschaft (8) eingeleitet. Leider hat sich die Situation auch in diesem Jahr nicht geändert. Von den 6.500 Dienstverbrechen, die in ersten 9 Monaten dieses Jahres registriert wurden, wurden mehr als 2.500 von Mitarbeitern der Rechtsschutzorgane begangen.“

„Bei uns ist die Korruption vertikal und allumfassend. Sie hat sich in ein Mittel der staatlichen Verwaltung auf allen Ebenen verwandelt.“ So lautet das bittere Resümee von Jelena Panfilowa, der Direktorin des russischen Zentrums von „Transparency International“ in einem Gespräch mit Manfred Quiring.

### Misstrauen gegenüber den staatlichen Institutionen

Angesichts solcher Erfahrungen nimmt es nicht Wunder, dass die russische Bevölkerung ihrem Staat und seinen Institutionen nicht traut. Nach dem Mord an der Journalistin Anna Politkowskaja stellte das Meinungsforschungsinstitut „Stiftung Öffentliche Meinung“ (FOM) die Frage danach, ob man glaube, dass die Organisatoren des Mordes gefunden würden. Es ist bezeichnend, dass über zwei Drittel der Respondenten die Frage mit Nein beantworteten. Sie bezweifelten, dass die russische Polizei und Staatsanwaltschaft willens und in der Lage wären, das Verbrechen wirklich aufzuklären (vgl. S. 8 Politkowskaja).

Die russischen Bürger trauen dem Staat, der Polizei und ihren Gerichten nicht. In einer anderen Erhebung dieses Meinungsforschungsinstituts, die nach der Wahrnehmung von Korruption fragte, äußerten 80% der Befragten die Ansicht, das Amtspersonal in Russland sei zur Hälfte, in der Mehrheit oder gar

insgesamt bestechlich (vgl. S. 8). Selbst wenn dies nicht mit den eigenen Erfahrungen übereinstimmt – eine andere Erhebung ergab, dass die Mehrheit bestritt, je selbst bestochen zu haben –, signalisieren die Zahlen eine große mentale Distanz gegenüber den Institutionen dieses Staates. Besonders tief ist das Misstrauen gegenüber Polizei (insbesondere den Verkehrstreifen), dem Zoll, den Gerichten und der Staatsanwaltschaft. Auch von Krankenhäusern und Ärzten erwartete man, dass sie „nehmen“.

Auch wenn die Aussagen der Befragten eher etwas über ihre Perzeptionen aussagen und nur indirekt etwas über den tatsächlichen Grad von Korruption, so gilt es doch festzuhalten, dass es dem Staat auch in der zweiten Amtszeit Putins nicht gelungen ist, das Vertrauen der Bürger zu erwerben. Und diese Skepsis ist gewiss auch ein Reflex der Vetternwirtschaft und der Selbstbedienungsmentalität, die die Putin-Elite entwickelt hat, seit sie an die Schalthebel der Macht gekommen ist.

### Innere Schwächen des Regimes

Politische Morde, Korruption und das Misstrauen der Bevölkerung – das sind Symptome staatlicher Schwäche. Trotz günstiger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen ist es der Putin-Administration nicht gelungen, die innere Ordnung Russlands in einem Grade zu reformieren, dass der Schutz vor Verbrechen zunimmt und den Bürgern eine angemessene gesundheitliche Versorgung garantiert ist. Die zu Beginn der ersten Amtszeit Putins angekündigte „Diktatur des

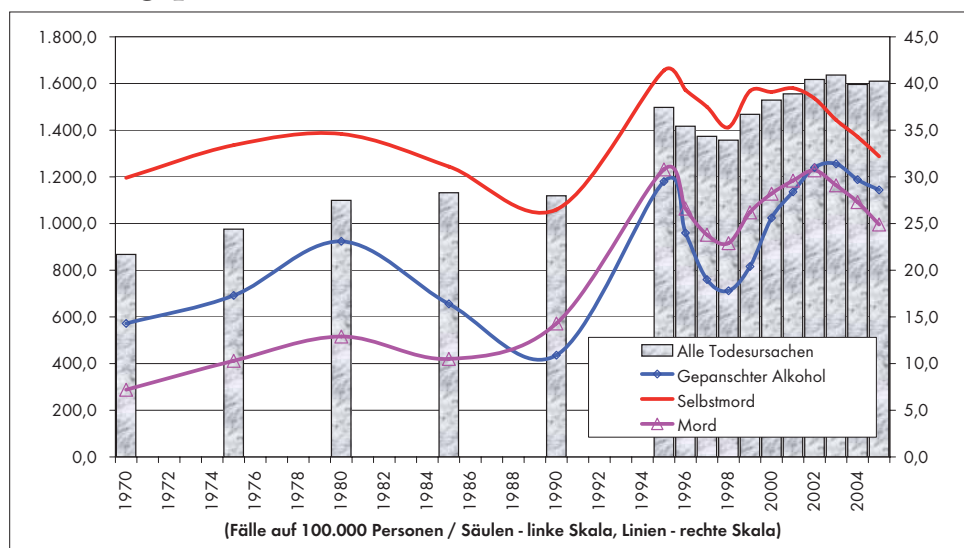
Gesetzes“ ist nicht verwirklicht worden. Gewiss ist Russland im Gefolge steigender Energiepreise in den letzten Jahren reicher geworden, doch nur ein Teil dieser Einnahmen ist Staat und Gesellschaft zugute gekommen.

In den neunziger Jahren sprach man von *state capture*, wenn man die Mechanismen beschreiben wollte, mit denen Finanzmagnaten und Großunternehmer auf staatliches Vermögen zugriffen und Politik zu kontrollieren suchten. Heute könnte man von *business capture* reden, bei dem die Angehörigen der Exekutive ihre Machtmittel einsetzen, um sich Einfluss auf Unternehmen zu verschaffen. Wie schon in der Jelzin-Zeit hat sich in den Putin-Jahren um den Präsidenten herum ein Elitenkartell etabliert, das sich der Aufsicht durch Parlament oder Öffentlichkeit entzieht, und seine Machtstellung nutzt. Wie es scheint, kann selbst der Präsident die Missbräuche in seiner Umgebung nicht wirksam unterbinden. Und während sich Putin als *gosudarstwennik* – als dem Staat und der Allgemeinheit verpflichtet – versteht, sind die Angehörigen dieses Elitenkartells in ihrer Mehrheit anscheinend nicht willens, den Staat als *res publica*, als Angelegenheit der gesamten Gesellschaft zu betrachten. Damit könnte nach dem Ende der Präsidentschaft Putins jener Konsens zwischen Führung und Bevölkerung in Frage gestellt werden, den der jetzige Präsident über acht Jahre so erfolgreich aufrechterhalten hat. Gewiss stellt das die Stabilität des Regimes nicht unmittelbar in Frage, aber als Innenausstattung einer Großmacht ist es doch fragwürdig.

## Tabellen und Grafiken zum Text

### Mord, Selbstmord und gepanschter Alkohol. Todesfälle und Todesursachen

#### Todesursachen 1970–2005



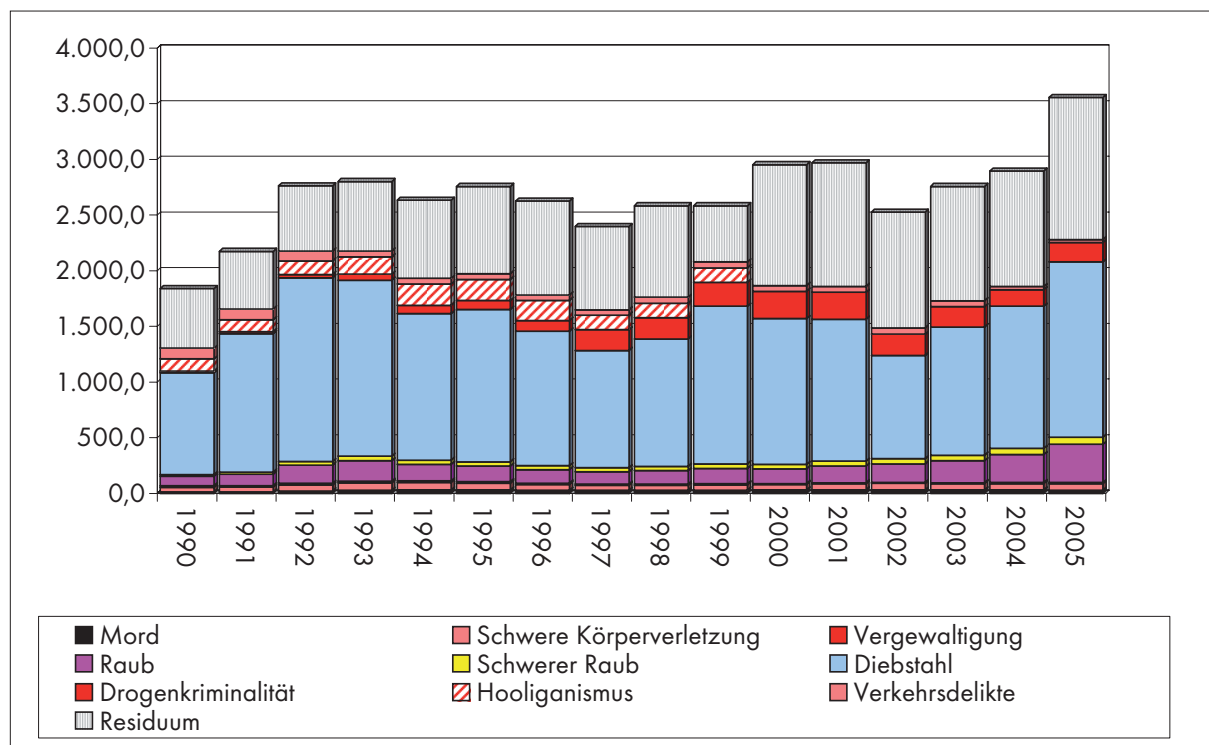
**Todesfälle und Todesursachen 1970–2005**

	1970	1975	1980	1985	1990	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
<b>Alle Todesursachen</b>	1.131,2	1.309,7	1.525,8	1.625,3	1.656,0	2.203,8	2.082,2	2.015,8	1.988,7	2.144,3	2.225,3	2.254,9	2.332,3	2.365,8	2.295,4	2.303,9
<b>darunter:</b>																
Infektionskrankheiten und Parasiten	31,2	28,8	28,6	24,8	17,9	30,5	31,2	30,1	27,8	35,7	36,2	35,3	36,9	37,2	37,0	39,0
Krebs	192,1	209,1	226,9	252,0	287,7	298,7	294,1	295,6	295,8	298,5	297,9	294,1	293,0	290,5	290,0	287,9
Herz- und Kreislauf-erkrankungen	537,5	660,1	804,2	910,2	915,5	1.163,5	1.113,7	1.100,3	1.094,1	1.187,8	1.231,4	1.253,1	1.308,1	1.330,5	1.287,7	1.299,5
Atemwegserkrankungen	113,7	124,4	127,8	114,1	88,0	108,8	99,4	93,3	83,5	94,5	102,1	94,9	101,0	101,1	93,0	94,7
Magen- und Darm-erkrankungen	30,2	33,9	41,7	43,5	42,5	67,8	61,9	57,5	55,7	61,1	64,7	69,4	75,5	81,5	85,3	93,8
Äußerliche Todes-ursachen	163,5	191,0	229,0	197,6	198,3	348,5	307,2	274,9	274,0	300,2	318,7	331,6	339,3	335,2	327,1	315,9
Residuum	63,0	62,4	67,6	83,1	106,1	186,0	174,7	164,1	157,8	166,5	174,3	176,5	178,5	189,8	175,3	173,1
davon:																
Gepanschter Alkohol	18,7	23,2	32,1	23,5	16,1	43,5	35,2	27,9	26,1	29,9	37,2	41,1	44,7	45,0	42,7	40,9
Selbstmord	38,9	44,8	47,9	44,6	39,2	61,0	57,8	55,0	51,8	57,3	56,9	57,3	55,3	51,7	49,4	46,1
Mord	9,4	13,8	17,9	15,0	21,1	45,3	39,1	35,0	33,6	38,2	41,1	42,9	44,3	41,8	39,3	35,6
<b>Auf 100.000 Personen</b>																
<b>Alle Todesursachen</b>	867,6	976,0	1.099,5	1.131,9	1.119,1	1.497,7	1.416,9	1.373,7	1.357,4	1.467,9	1.529,0	1.555,7	1.617,2	1.636,5	1.596,0	1.609,9
<b>darunter:</b>																
Infektionskrankheiten und Parasiten	24,0	21,5	20,6	17,2	12,1	20,7	21,3	20,5	19,0	24,4	24,9	24,3	25,6	25,9	25,7	27,2
Krebs	147,3	155,8	163,5	175,5	194,4	203,0	200,1	201,4	201,9	204,3	204,7	202,9	203,1	202,5	201,7	201,2
Herz- und Kreislauf-erkrankungen	412,3	491,9	579,5	633,9	618,7	790,7	757,8	749,8	746,8	813,1	846,1	864,6	907,0	927,5	895,4	908,0
Atemwegserkrankungen	87,2	92,7	92,1	79,5	59,5	73,9	67,7	63,6	57,0	64,7	70,2	65,5	70,0	70,5	64,6	66,2
Magen- und Darm-erkrankungen	23,2	25,3	30,0	30,3	28,7	46,1	42,1	39,2	38,0	41,8	44,4	47,9	52,4	56,8	59,3	65,5
Äußerliche Todes-ursachen	125,4	142,4	165,0	137,6	134,0	236,8	209,1	187,4	187,0	205,5	219,0	228,8	235,3	233,6	227,5	220,7
<b>Residuum</b>																
<b>davon:</b>																
Gepanschter Alkohol	14,3	17,3	23,1	16,4	10,9	29,5	24,0	19,0	17,8	20,4	25,6	28,4	31,0	31,4	29,7	28,6
Selbstmord	29,9	33,4	34,6	31,1	26,5	41,4	39,3	37,5	35,3	39,2	39,1	39,5	38,4	36,1	34,3	32,2
Mord	7,2	10,3	12,9	10,5	14,3	30,8	26,6	23,8	22,9	26,2	28,2	29,6	30,7	29,1	27,3	24,9

 Quelle: Angaben von Rosstat [http://www.gks.ru/free\\_doc/2005/b05\\_13/04-30.htm](http://www.gks.ru/free_doc/2005/b05_13/04-30.htm)

## Kriminalitätsentwicklung

### Kriminalitätsentwicklung in Russland 1990–2005



### Kriminalität in Russland 2006

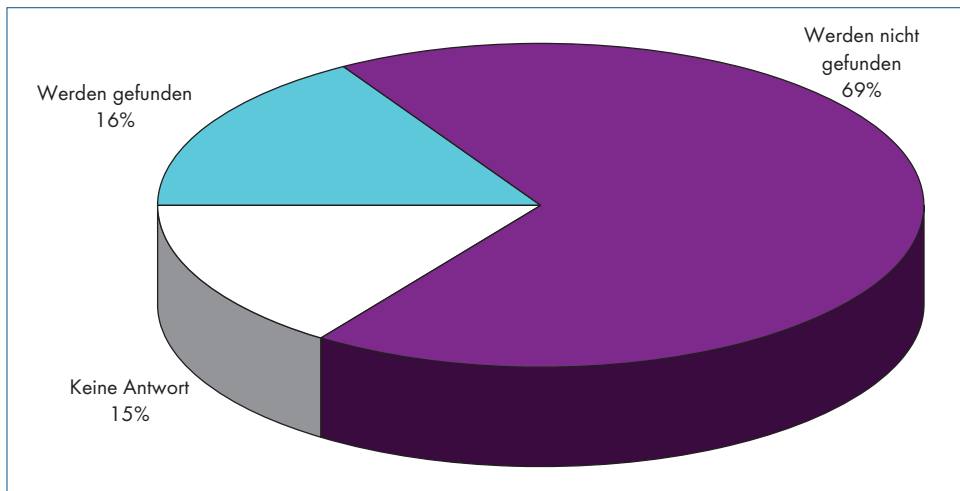
	Januar–Oktober 2006 (in 1.000)	in % zum Januar–Oktober 2005	Januar–Oktober 2005 in % zum Januar–Oktober 2004
<b>Registrierte Verbrechen</b>	<b>3.248,4</b>	<b>111,0%</b>	<b>121,5%</b>
Darunter:			
Mord und Mordversuch	23,5	90,0%	98,9%
Schwere Körperverletzung	44,0	89,2%	101,8%
Vergewaltigung	7,6	97,5%	102,7%
Raub	49,0	96,2%	115,2%
Schwerer Raub	296,0	107,7%	135,9%
Diebstahl	1.395,1	108,9%	122,5%
Erpressung	12,3	101,0%	116,1%
Betrug	194,2	129,5%	140,5%
Hooliganismus	24,5	98,9%	116,8%
Bestechung	10,1	112,7%	108,6%
Verkehrsdelikte	49,2	103,0%	104,2%

Quelle: Angaben von Rosstat [http://www.gks.ru/free\\_doc/2006/b06\\_01/3-4.htm](http://www.gks.ru/free_doc/2006/b06_01/3-4.htm)  
(Nach Angaben der Rechtsschutzbehörden)

## Der Mord an Anna Politkowskaja

Quelle: Umfrage der „Stiftung Öffentliche Meinung“ (FOM) vom 14. und 15. Oktober 2006 <http://bd.fom.ru/zip/tb0641.zip>

### Werden die Organisatoren des Mordes an Anna Politkowskaja gefunden?

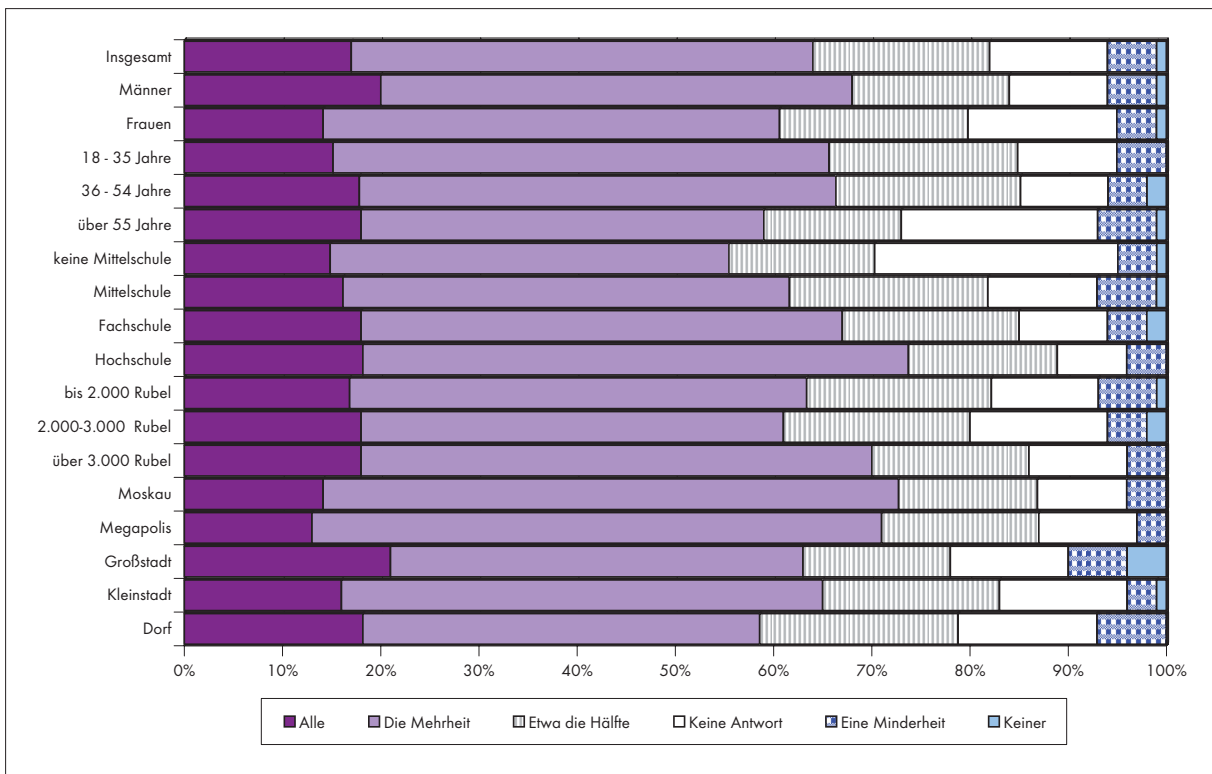


## Die öffentliche Wahrnehmung von Korruption

Quelle: Umfragen der „Stiftung Öffentliche Meinung“ (FOM) vom 17.-18. und 24.-25. Dezember 2005

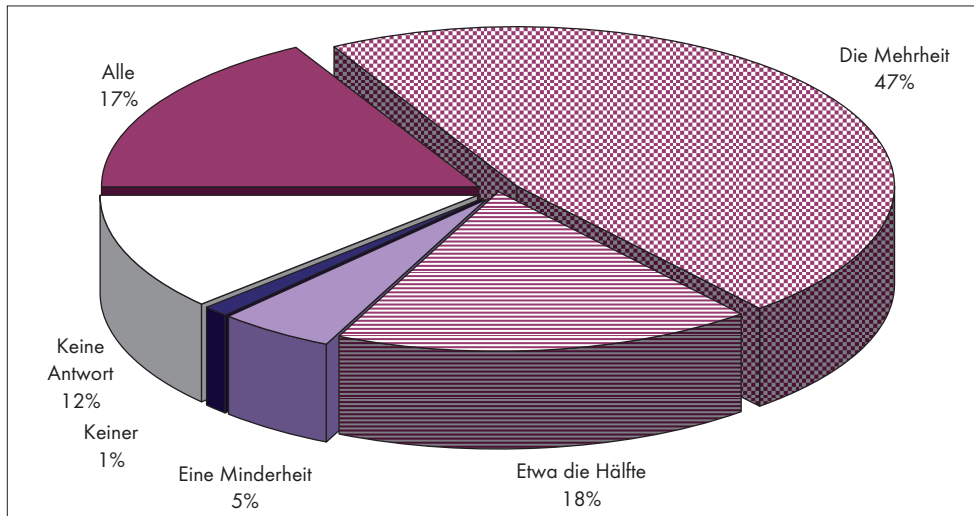
[http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0601/domt0601\\_4/tb0600106](http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0601/domt0601_4/tb0600106) und [http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0601/domt0601\\_4/tb0600107](http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0601/domt0601_4/tb0600107)

### Welche Teile des Amtspersonals in Russland sind Ihrer Meinung nach korrupt?

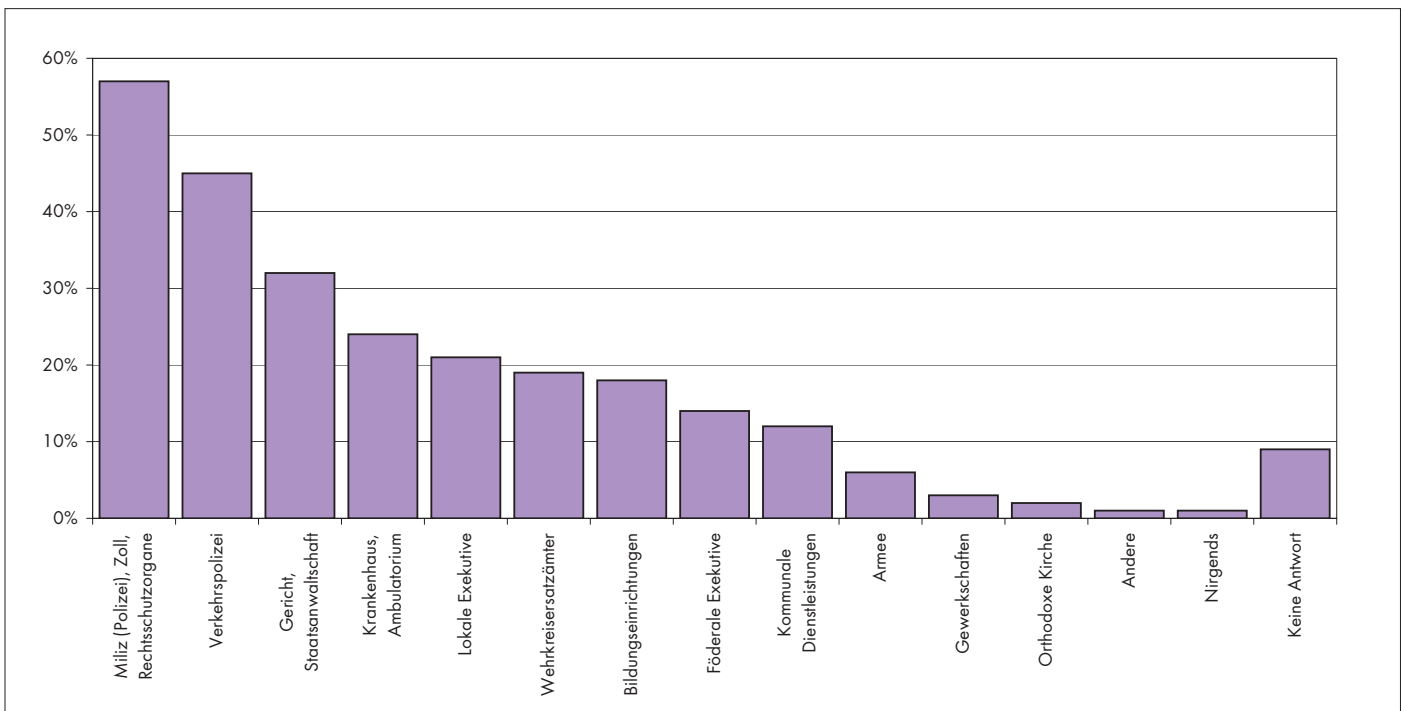




Welche Teile des Amtspersonals in Russland sind Ihrer Meinung nach korrupt?



In welcher Behörde, Institution trifft man Ihrer Meinung nach am häufigsten Korruption an?



## Pressestimmen

### Der *Fall out* von Putins „Münchener Rede“

#### Kalter Krieg light

Russland, Europa und Amerika sind, das hat der Münchner Auftritt des russischen Präsidenten Putin deutlich gemacht, wie verschiedene Körperteile des Gesamtorganismus der westlichen Zivilisation. In seiner Ansprache auf der Sicherheitskonferenz der Nato-Staaten, mit ihren bitteren Frontalangriffen auf Amerikas Überheblichkeit in der Welt, den Missbrauch militärischer Gewalt und die Missachtung von Völkerrecht, hat er nicht bloß seinen Landsleuten, sondern vielen Europäern und nicht wenigen Amerikanern aus der Seele gesprochen. In München meldete Putin sein Land als einen weltpolitischen Akteur zurück, der dem amerikanischen Konkurrenten *urbi et orbi* mit der Rhetorik des Kalten Krieges entgegentritt.[...] Anders als zu Sowjetzeiten bietet die Rohstoffgroßmacht heute aber der Welt kein alternatives Modell mehr.

*FAZ.NET, 19.02.2007*

[http://www.faz.net/s/Rub5A6DAB001EA2420BAC082C25414D2760/Doc-E9CFB83F72BDB450E9243D85F1CF8C56F-A\\_Tpl-Ecommon-Scontent.html](http://www.faz.net/s/Rub5A6DAB001EA2420BAC082C25414D2760/Doc-E9CFB83F72BDB450E9243D85F1CF8C56F-A_Tpl-Ecommon-Scontent.html)

#### Halbstarke im Ölrausch

[...] Russlands Präsident erfreut sich hoher Energiepreise und wachsenden Ansehens. Wer sich vom Westen verprellt fühlt, schaut zu ihm auf. Auf Wladimir Putin hoffen die nationalistischen Serben und die separatistischen Abchasen. Auf seine Hilfe setzen die Iraner und die von den USA enttäuschten Araber, die Putin dieser Tage mit Lob überschütten. Die Saudis widmeten „dem Sieger“ einen Säbeltanz, wie das russische Fernsehen vermeldete. Sie alle eint die zunehmende Abneigung gegen den Verlierer des Irakkriegs, Amerika. Nimmt da ein Reich des Bösen samt Bundesgenossen Kontur an? [...] Als Wladimir Putin am vorigen Wochenende auf der Sicherheitskonferenz in München gegen die einzige verbliebene Supermacht wettete, da machte er nichts anderes als zu Hause: Judoübungen vorm Mikrophon. [...]

Die russische Politik folgt einem weitgehend ideologiefreien Pragmatismus. Wer genau hinsieht, entdeckt darin eine Kopie westlicher Vorbilder, Kapitalismus plus nationalem Egoismus, angereichert mit Öl und Gas. [...] Wladimir Putins Muskelshow von München darf niemanden täuschen. Russland hat aufgehört, ein universaler ideologischer Gegner des Westens zu sein. Es ist aber auch kein „strategischer Partner“ geworden, wie Gerhard Schröder und mit ihm viele deutsche Politiker glauben. Es ist ein Konkurrent, der seine Interessen verfolgt, koste es die anderen, was es wolle.

*Die Zeit, Internetausgabe, 19.02.2007*

<http://www.zeit.de/2007/08/Russland?page=all>

#### Kalte Krieger melden sich zurück

„Das ist mal ‚ne feine Aufgabe, wenn man dem russischen Präsidenten gegenüber sitzt und dann Mutmaßungen über ihn anstellen soll“, sagte Angela Merkel und lachte leise. [...] Es wäre eine gute Gelegenheit für augenzwinkerndes Einverständnis mit Wladimir Putin gewesen, ohne dass sich jemand dabei politisch etwas vergeben hätte. Aber der russische Präsident verzog keine Miene. Wenige Minuten später ging er zum Podium und hielt eine Rede, die allen Illusionen über freundschaftliche, gar herzliche Beziehungen zwischen seinem Land, der Nato und der Führungsmacht USA ein jähes Ende bereitete.

*Die Tageszeitung, Internetausgabe, 19.02.2007*

<http://www.taz.de/pt/2007/02/12/a01171/text>

#### Zornesgrüße aus Moskau

[...] Koch und Kellner ist kein Prinzip, das der russische Präsident Wladimir Putin in den internationalen Beziehungen länger akzeptieren mag. Das hat er, wie es seinem Naturell entspricht, dem Westen jetzt polternd, aber doch sehr genau kalkuliert mitgeteilt. Der täte darum gut daran, genau zuzuhören. [...]

Es gibt keinen Plan der Nato, Russland einzukesseln, aber es gab und gibt den dringenden Wunsch vieler Länder des ehemaligen Ostblocks, im westlichen Bündnis Schutz zu suchen. Doch auch wenn manche von Putins Vorwürfen an den Westen einer Prüfung in der Sache kaum oder gar nicht standhalten, so wäre es doch fahrlässig, damit auch den Kern seiner Botschaft abzutun. Und der lautet: Ihr rechnet besser wieder mit uns. Die Zeit monopolarer Welträume und globaler Heilsmissionen nach amerikanischer Art ist vorbei. [...]

Putins Rede ist ein Warnsignal. Irgendetwas läuft schon lange schief im Verhältnis zu Russland. Und das Dämmste, was die Nato und die Europäische Union nun tun könnten wäre es, dem Halbdemokraten in Moskau die alleinige

Schuld daran zuzuschreiben. [...] [Einer der Gründe dafür ist] die paternalistische Art, wie die Sieger des Kalten Krieges mit dem Verlierer umgehen. Weder die Partnerschaftsangebote der Nato noch die der EU verdienten bislang den Stempel „auf Augenhöhe“. [...]

Der partielle Realitätsverlust des Westens zeigt sich auch im Vorgehen der USA bei der neuen Raketenabwehr. In Washington hatte niemand mehr die Phantasie, sich vorstellen zu können, dass Putin die Stationierung an seinen Grenzen als Provokation begreifen könnte.

*Sueddeutsche.de, 19.02.2007*

<http://www.sueddeutsche.de/ausland/special/360/101259/index.html/ausland/artikel/619/101518/article.html>

### Kalter Kleinkrieg

[...] Der Tonfall zwischen Moskau und Washington wird merkbar feindlich. So kalt wie Putin hat lange kein Kreml-Chef mehr gesprochen. Als gäbe es angesichts der neuen Gefahrenlage Bedarf an einem Kalten Krieg im Kleinformat, erlauben sich beide Seiten Schachzüge, die viel mit den Mechanismen der Innenpolitik zu tun haben, wenig mit den Zwängen der Außenpolitik.

Für die Europäer geht es um die Frage, wie sie wieder Sicherheit finden: mit den Amerikanern und möglichst nicht gegen die Russen. Mit Versicherungen allseitig guten Willens, wie die Deutschen sie lieben, Atlantische Gemeinschaft hier und strategische Partnerschaft dort, ist es nicht mehr getan.

*Die Welt, Internetausgabe, 19.02.2007*

<http://www.welt.de/data/2007/02/12/1209399.html>

### Russlands Sicht

Die Instrumente seiner Großmachtspolitik hat Wladimir Putins Russland oft genug gezeigt. Deshalb überrascht es, dass Putins Münchner Zuhörer von seinem Auftritt überrascht waren oder doch so taten, als ob sie es wären. [...]

Den Wegsehern hat Putin das Versäumnis deutlich gemacht. Seine Warnung vor einem neuen Kalten Krieg mag zu schrill geklungen haben; aus Moskauer Sicht ist sie nicht unbegründet. War bei der Neuordnung Europas nach dem Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums nicht vereinbart worden, dass die Schuster des Westblocks bei ihren geografischen Leisten bleiben? Russland hat mittlerweile ohne sein Zutun und gegen seinen ausgedrückten Wunsch eine Grenze mit der Nato; und Bedrohungsanalytikern an der Moskwa dürfte der Gedanke nicht fremd sein, die neuen Raketenabwehrsysteme in Polen und Tschechien seien ungemütlich nahe, folglich eine Art Gefahr.

*Frankfurter Rundschau, Internetausgabe, 19.02.2007*

[http://www.fr-online.de/in\\_und\\_ausland/politik/meinung/kommentare\\_aus\\_der\\_zeitung/?em\\_cnt=1073206&](http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/meinung/kommentare_aus_der_zeitung/?em_cnt=1073206&)

## Dokumentation

### Putins Auftritt auf der Münchener Konferenz, 10.2.2007

Es wurden Videoausschnitte von Putins Münchener Rede vorgeführt und vom Auditorium nach Punkten bewertet

Rating	Episode (chronologisch)	Inhalt der Episode	Interesse	Einverständnis	Vertrauen	Gesamtwertung
1	9	Über die amerikanische Raketenabwehr und die russische Antwort	3,16	2,70	2,35	2,74
2	7	Über das Kosovo-Problem	2,51	2,67	1,96	2,38
3	5	Über die Erweiterung der NATO	2,17	2,79	2,04	2,34
4	2	Über die Position der USA zu anderen Ländern	1,63	2,25	1,99	1,96
5	8	Über die OSZE	1,71	2,20	1,70	1,87
6	6	Über die Absicht im Rahmen des UN Statuts zu handeln	2,00	1,62	1,52	1,71
7	3	Über eine Außenpolitik, die zum Rüstungswettlauf führt	1,76	1,85	1,25	1,62
8	4	Über die Möglichkeit zu friedlicher Transformation	1,80	1,23	0,89	1,31
9	1	Über das Format der Konferenz	0,47	1,17	0,92	0,85

Quelle: Umfrage der „Stiftung Öffentliche Meinung“ (FOM) [http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0708/domi0708\\_2/d070820](http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0708/domi0708_2/d070820)

## Kommentar

### Vom Nutzen der Erinnerung

Gerhard Mangott, Innsbruck

Russlands innerer Zustand weckt Besorgnis. Die Politische Elite des Landes ist tief gespalten und in eskalierende Machtkämpfe verwickelt. Der Streit um die Verfassungsregeln führt das Land in einen kurzen Bürgerkrieg, in dem das oppositionelle Lager durch den Einsatz der Armee ausgeschaltet wird. Zeitungen, Parteien und NGO's werden verboten. Wahlen zu den Regierungen der Provinzen werden ausgesetzt; es ist der Präsident, der die Gouverneure der Regionen ernennt.

Wahlen zur Staatsduma und in das Präsidentenamt werden manipuliert; oppositionelle Parteien erhalten keinen Zugang zu den elektronischen Medien oder werden durch negative Berichterstattung massiv geschwächt. Das Parlament ist marginalisiert und von den wichtigen Entscheidungen ausgeschlossen. Kritische Parlamentarier wie G. Starowoitova werden ermordet. Immer wieder droht die Aussetzung von demokratischen Wahlen durch die Verhängung des Ausnahmezustandes.

Die äußeren Grenzen sind umstritten: das nationalistische Lager drängt dazu, von ethnischen Russen bewohnte Landstriche anderer Staaten zu annektieren. Die Regierung unterstützt secessionistische Bewegungen in Moldawien, Georgien und auf der Krim. Illegale Waffenlieferungen und verdeckte Söldnerunterstützung sollen die abtrünnigen Gebiete in den russischen Herrschaftsbereich eingliedern.

Das nach Unabhängigkeit strebende nordkaukasische Volk der Tschetschenen wird durch eine brutale und rücksichtslose militärische Intervention ausgelöscht. Misshandlungen, Vergewaltigungen, Raub und das Verschwinden von Personen prägen diesen Vernichtungskrieg. Unter Verstoß gegen die Gesetzeslage werden junge, kaum ausgebildete Rekruten mit mangelhafter Ausrüstung in die Schlacht geschickt. In den Streitkräften gibt es eskalierende Fälle der Misshandlung von jungen Rekruten. Die Streitkräfte werden zu einer Unterschichtenarmee wenig gebildeter Soldaten aus dem ländlichen Milieu; wohlhabende städtische Bürger werden durch Bestechung vom Wehrdienst freigestellt.

Die staatlichen Institutionen sind von Korruption zerfressen. Behörden erpressen ein Vermögen an Bestechungsgeldern. In allen Lebensbereichen werden die Bürger Opfer dieser Willkür des Staates.

Die sozialen Dienstleistungen sind zusammengebrochen; der freie Zugang zur Gesundheitsversorgung

wird zusehends ausgehöhlt; die verarmten Schichten der Bevölkerung, vor allem die auf dem Lande wohnen, erhalten kaum noch Medikamente. Die Geburtenrate bricht ein und die Sterberate verdreifacht sich; die Bevölkerung nimmt jährlich um mehr als 750.000 Menschen ab.

Das Bildungssystem bricht auseinander; schlecht bezahlte Lehrer weichen in andere, lukrativere Berufe aus. Staatliche Gehälter werden kaum noch ausbezahlt. Staatsbedienstete – Lehrer, Ärzte – bleiben monatelang ohne Gehälter; Pensionen werden kaum noch ausbezahlt. Metallarbeiter erhalten als Lohn Kochtöpfe, die sie am Straßenrand zu verkaufen versuchen, um an Geld für Lebensmittel zu kommen. Soziale Verwahrlosung breiter Bevölkerungsschichten ist das Ergebnis.

Der Staatshaushalt ist chronisch defizitär. Immer wieder brechen Währungskrisen aus, die die Inflation anheizen und die Ersparnisse der Bevölkerung ausradieren. Staatsbetriebe werden in schmutzigen Verfahren privatisiert. Die neuen Eigentümer plündern die Betriebe aus und transferieren die Gelder auf ausländische Bankkonten. Ganz besonders im metallurgischen und im Ölsektor erhalten politische Günstlinge staatliches Eigentum deutlich unter deren Marktwert. Im Gegenzug finanzieren sie bereitwillig die herrschende Schicht. Die von den Neureichen kontrollierten Medien werden rücksichtslos zur Durchsetzung von Geschäftsinteressen missbraucht. Kritische Journalisten wie D. Cholodov oder V. Listjev werden ermordet; die Verbrechen werden nie aufgeklärt.

Der gewählte Präsident des Landes kümmert sich kaum um diese Angelegenheiten. Depressiv und alkoholkrank entgleiten ihm die Tagesgeschäfte. Undurchsichtige Zirkel aus Nachrichtendienstoffizieren und Oligarchen übernehmen die Entscheidungsgewalt ohne demokratische Kontrolle. Dem Land drohen Staatsversagen, soziale Verwahrlosung, der finanzielle Bankrott und der wirtschaftliche Niedergang.

Das ist nicht Putins Russland. Das war die russländische Lebenswirklichkeit in den neunziger Jahren unter Präsident Jelzin. Die Mehrheit der russländischen Gesellschaft musste mit diesen Lebensverhältnissen zurechtkommen. Dabei musste sie erfahren, dass westliche Regierungen und Institutionen das Regime nahezu vorbehaltlos unterstützten; es waren diese Jahre,

in denen der demokratische Westen für Russlands Bevölkerung die Glaubwürdigkeit verloren hat.

Natürlich ist dieser Befund überzeichnet; aber auch nicht mehr als die Einschätzungen des heutigen Russland, die derzeit die öffentliche Meinung prägen. Die Erinnerung an dieses Russland der neunziger

Jahre darf in der gegenwärtig zu beobachtenden antirussischen Hysterie nicht verloren gehen; denn nur dadurch kann die triste russländische Gegenwart verstanden werden. Nur wer damals die Augen nicht verschlossen hat, kann in diesen Tagen glaubwürdig den reaktionären Polizeistaat Putins kritisieren.

*Über den Autor:*

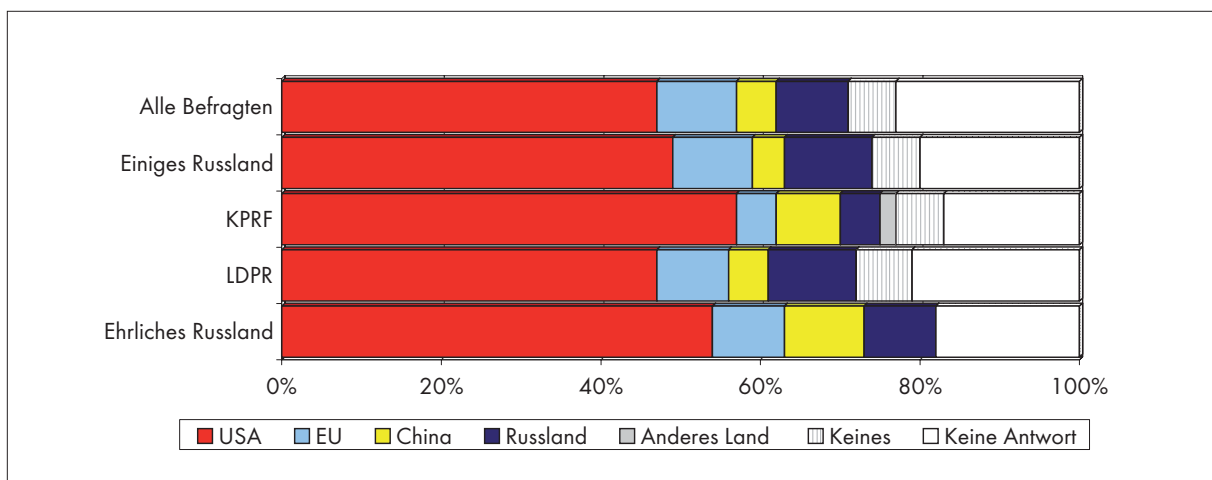
Univ.Prof. Dr. Gerhard Mangott lehrt am Institut für Politikwissenschaft der Universität Innsbruck  
[www.gerhard-mangott.at](http://www.gerhard-mangott.at)

## Umfrage

### Die Expansion der USA – die Hauptbedrohung russischer Interessen in der ehemaligen UdSSR

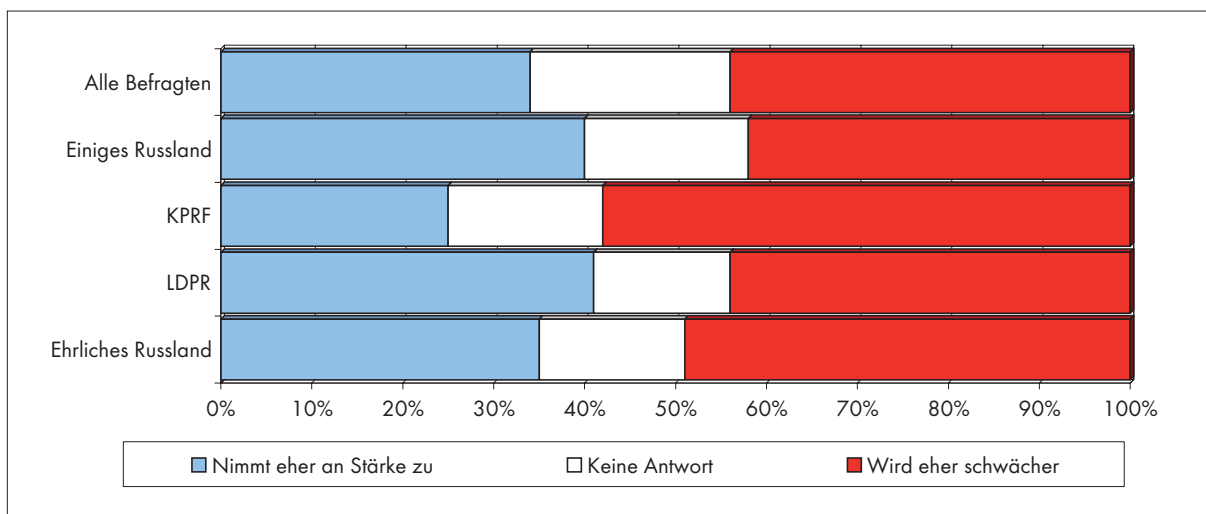
Quelle: Umfragen des VCIOM vom 2.-4.2.2007 <http://wciom.ru/novosti-analitika/press-vypuski/press-vypusk/single/4015.html>

Welche Länder verstärken gegenwärtig auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetrepubliken ihren Einfluss?



	Alle Befragten	Einiges Russland	Anhänger politischer Parteien		
			KPRF	LDPR	Ehrliches Russland
USA	47%	49%	57%	47%	54%
EU	10%	10%	5%	9%	9%
China	5%	4%	8%	5%	10%
Russland	9%	11%	5%	11%	9%
Anderes Land	0%	0%	2%	–	–
Keines	6%	6%	6%	7%	–
Keine Antwort	23%	20%	17%	21%	18%

### Nimmt die Position Russlands in den Ländern der ehemaligen UdSSR an Stärke zu oder wird sie schwächer?

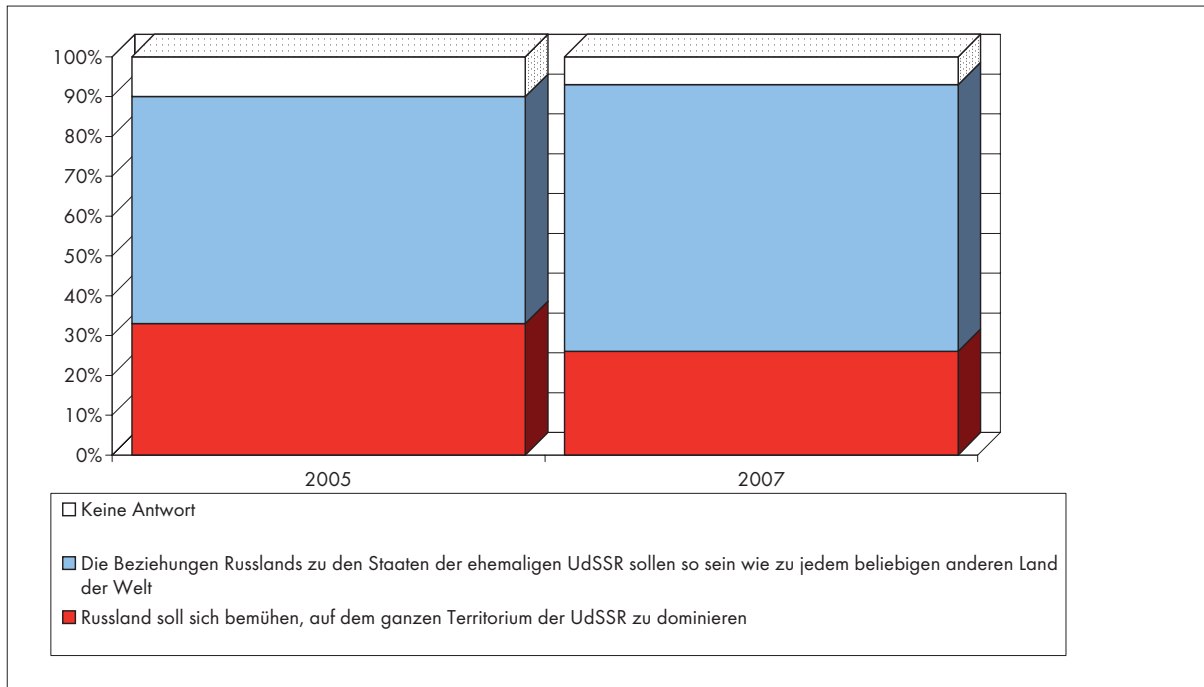


	Alle Befragten	Einiges Russland	Anhänger politischer Parteien		
			KPRF	LDPR	Ehrliches Russland
Nimmt eher an Stärke zu	34%	40%	25%	41%	35%
Wird eher schwächer	44%	42%	58%	44%	49%
Keine Antwort	22%	18%	17%	15%	16%
	100%	100%	100%	100%	100%

### Worin ist Ihrer Meinung nach die Stärkung bzw. die Schwächung der Position Russlands in einer Reihe von Republiken der ehemaligen UdSSR begründet?

Stärkung		Schwächung	
In der klugen Außenpolitik Russlands	33%	In Fehlern der russischen Außenpolitik	12%
In der Schwächung der Position der USA und anderer westlicher Länder in diesen Staaten	4%	In der aktiven Politik der USA und anderer westlicher Länder in diesen Staaten	33%
In der schwierigen Wirtschaftslage dieser Staaten	14%	In der antirussischen Position der Führungen einiger der Staaten der ehemaligen UdSSR	29%
Im Wachstum der wirtschaftlichen Möglichkeiten Russlands	25%	In der ökonomischen Schwäche Russlands	11%
Russland hat begonnen, großes Interesse an der Kooperation mit diesen Staaten entwickelt	14%	Russland ist selbst nicht in der Zusammenarbeit mit diesen Ländern interessiert	7%
Andere Gründe	0%	Andere Gründe	1%
Keine Antwort	10%	Keine Antwort	7%

### Wie soll sich Russland in der GUS verhalten?



Heute gibt es verschiedene Positionen zur Lösung der sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben, vor denen das Land steht. Welche Position entspricht eher Ihren Vorstellungen?

	2005	2007
Russland soll sich bemühen, auf dem ganzen Territorium der UdSSR zu dominieren	33%	26%
Die Beziehungen Russlands zu den Staaten der ehemaligen UdSSR sollen so sein wie zu jedem beliebigen anderen Land der Welt	57%	67%
Keine Antwort	10%	7%

Eine Reihe von Ländern der ehemaligen UdSSR verhalten sich feindselig gegenüber Russland. Welche Politik soll Russland ihnen gegenüber einschlagen?

	Apr 2005	Feb 2007
Wirtschaftlichen Druck ausüben (Öl, Gas, Strom zu Weltmarktpreisen verkaufen, Handelsvergünstigungen streichen usw.)	31%	28%
Politische Sanktionen einführen (Verschärfung des Visaregimes, die Migration nach Russland beschränken usw. bis zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen)	9%	14%
Die Interessen Russlands mit allen Mitteln verteidigen, bis hin zum Einsatz militärischer Mittel	11%	8%
Sich bemühen, alles auf diplomatischem Wege zu lösen, geduldig über strittige Fragen verhandeln	42%	37%
Gar nicht reagieren	3%	3%
Keine Antwort	4%	10%

**Chronik**
**Vom 21. Februar bis zum 1. März 2007**

21.2.2007	Sicherheitskräfte durchsuchen die Filiale der britischen NGO Institute of War and Peace Reporting (IWPR) in Wladikawkas und beschlagnahmen Computer und Unterlagen.
21.2.2007	Der Föderationsrat, das russische Oberhaus, lehnt ein Gesetz ab, mit dem ein Abkommen, das zwischen der föderalen Regierung und der Republik Tatarstan ausgehandelt wurde, in Kraft gesetzt werden soll. Der Sprecher des Föderationsrats erklärt, dieses Abkommen würde der Tendenz der Föderalreform zuwiderlaufen.
22.2.2007	Die in staatlicher Hand befindliche Sberbank schließt die Ausgabe zusätzlicher Aktien ab. Sie nimmt rund 8,8 Mrd. Dollar ein und bleibt damit deutlich unter dem angepeilten Ertrag von 12 Mrd. Dollar. Immerhin ist das der bisher zweitgrößte Börsengang in Russland. Im Jahr 2006 hatte das staatliche Mineralölunternehmen Rosneft gut 10,7 Mrd. Dollar erzielt.
22.2.2007	Der U.S. Sicherheitsberater Stephen Hadley führt in Moskau Gespräche mit Iwan Iwanow, dem Sekretär des russischen Sicherheitsrates. U.a. steht die Frage der geplanten Stationierung von Elementen eines U.S.-Raketenabwehrsystems in Polen und Tschechien auf der Tagesordnung.
22.2.2007	In Berlin tritt das „Nahost-Quartett“ zusammen, dem die U.S.A., die EU, die UN und Russland angehören, und erörtert die Lage im Nahen Osten.
24.2.2007	In dem Ort Perwyj (Dagestan) umstellen Sicherheitskräfte ein Haus, in dem Untergrundkämpfer vermutet werden. Bei dem folgenden Feuergefecht werden vier Untergrundkämpfer getötet.
24.2.2007	In Thailand werden zwei junge Russinnen am Strand von einem Unbekannten erschossen. Der Fall erregt in Russland großes Aufsehen.
26.2.2007	Michail Kasjanow, bis 2004 Ministerpräsident und heute Führer einer oppositionellen Splittergruppe, wird von der Generalstaatsanwaltschaft als Zeuge im Verfahren gegen den früheren Stellvertretenden Finanzminister Andrej Wawilow einvernommen. Wawilow wird vorgeworfen, in großem Umfang Staatsgelder unterschlagen zu haben.
26.2.2007	Die Partei „Gerechtes Russland“, die im Oktober 2006 gegründet wurde, hält in St. Petersburg ihren ersten Parteitag ab. Nach Angaben der Partei hat sie 376.000 Mitglieder und Regionalorganisationen in 81 Föderations-subjekten.
26.2.2007	Memorial teilt mit, dass die Moskauer Staatsanwaltschaft von der Menschenrechtsorganisation Belege für die Finanzierung eines Buches gefordert hat, das Ratschläge für Klagen vor dem Europäischen Gerichtshof gibt.
27.2.2007	Der Hamas-Führer Khalid Mish'al führt in Moskau Gespräche mit dem russischen Außenminister Sergej Lawrow. In der Pressekonferenz nach dem Treffen spricht sich Lawrow dafür aus, die Finanzblockade der palästinensischen Regierung zu beenden.
27.2.2007	Der Schriftsteller Alexander Solschenizyn veröffentlicht in der Regierungszeitung „Rossijskaja gaseta“ einen Essay über die Februarrevolution. In einer Pressekonferenz übermittelt die Ehefrau des 88jährigen seine Warnungen vor drohenden sozialen Konflikten.
28.2.2007	Das Bezirksgericht des Rayons Leninsk in Wladiwostok enthebt den Bürgermeister von Wladiwostok, Wladimir Nikolajew, vorläufig seines Amtes.
1.3.2007	Die Russische Orthodoxe Kirche weist den Vorwurf Diomids, des Bischofs von Anadyr und Tschukotka zurück, der die Führung der Kirche beschuldigt hatte, von der Reinheit des Glaubens abzuweichen.
1.3.2007	Präsident Putin schlägt dem tschetschenischen Parlament Ramsan Kadyrow als Präsident von Tschetschenien vor.

Die Russlandanalysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russlandanalysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2007 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.russlandanalysen.de



## Lesehinweis

### Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa

#### Russlandanalysen

Die „Russlandanalysen“ bieten wöchentlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

#### Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

#### *kultura.* Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztexte bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: monatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

#### Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatliche eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

#### Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatliche eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.polen-analysen.de>

#### Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik sowie zur Ukraine. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

#### FSO-Fernsehtipps

Die „FSO-Fernsehtipps“ bieten zweiwöchentlich einen Überblick über Sendungen mit Bezug auf Ost- bzw. Ostmitteleuropa im deutschsprachigen Kabelfernsehen. Vorrangig erfaßt werden Spiel- und Dokumentarfilme aus und über osteuropäische Länder. Der Schwerpunkt liegt auf der Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten (vor allem Russland), Polen, Tschechien, Slowakei und DDR.

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)